

Arbeiterstimme



Tageszeitung der KPD . Sektion der Kommunistischen Internationale
Verbreitungsgebiet Ostschlesien . Beilagen: Der rote Stern . Fußball . Proletarisches Feuilleton . Das Bild der Woche

8. Jahrgang Dresden, Dienstag den 23. August 1932 Nummer 190

Ein ermunterndes Beispiel für alle Textiler:

Streiterfolg der Falkenauer Textilarbeiter

20 Proz. Affordlohn-Abbau durch Streik von der Belegschaft Liebermann, Falkenau, bereitet. Textilarbeiter, folgt diesem Beispiel geschlossenen Kampfes! . Zerklügelt alle Schacher- und Sabotagemanöver der Bürokratie . Organisiert den Kampf!

Falkenau, 23. Aug. (Sig. Drahtb.)
Im Textilbetrieb Liebermann hatte der Unternehmer versucht, bei den Affordlöhnern einen Lohnabbau bis zu 20 Prozent durchzuführen. Bei einer Urabstimmung stimmten 440 Arbeiter, das sind 85 Prozent der Belegschaft, für Ablehnung dieser ungeheuerlichen Forderung des Unternehmers. Da jedoch die Firma weiterhin auf ihrer Forderung beharrte, nahm die Belegschaft gestern nachmittags die Arbeit nicht wieder auf, sondern verharrete nach der Mittagspause im Streik.

Unternehmer nur mit dem Betriebsrat und nicht mehr allein mit dem DV geführt werden dürfen. Gestern bestand die Belegschaft darauf, selbst mit dem Generaldirektor zu verhandeln. Nachdem der von der Direktion gelandete technische Direktor den Spielball unverschämter Dinge wieder verfallen hatte, gab die Firma einen Anschlag heraus, welcher allen, die nicht sofort die Arbeit wieder aufnehmen, Entlassung antunbiete. Die überwiegende Mehrzahl der Belegschaft verharrete aber weiter im Streik.

der Detektivklasse 2 bezahlt. Das würde bedeuten, daß die gesamte Belegschaft — also auch die Stundenlöhner — einen Lohnabbau von 5 Prozent hinnehmen müßte. Die Belegschaft wird auch diese Pläne des Unternehmers durchkreuzen. Ihre Parole ist:
Jeder neue Versuch der Direktion, Lohnabbau durchzuführen, wird mit der sofortigen Aufnahme des Kampfes beantwortet!
Das muß die Parole aller Textilarbeiter sein, die sich an dem Kampfe der Liebermann-Belegschaft ein Beispiel nehmen müssen. Dieses Beispiel muß alle Textilarbeiter ermuntern, entgegen der Behauptung, die von der Bürokratie ausgeht, die Betriebe streikfrei zu machen und den Kampf einzustellen!

Im Prozeß gegen die Beuthener Nazimörder

Todesurteile, die nicht vollstreckt werden

Staatsanwalt kündigt Gnadenakt der Staatsregierung an. Ein Urteil das die Öffentlichkeit täuschen soll und die Handhabe zu schärfstem Vorgehen gegen Antifaschisten bietet

Im Potsdamer Prozeß gegen die Nazimörder unseres Genossen Konrad P i e t z e k, fällt heute das Sondergericht Todesurteile gegen die angeklagten Nazis Kotlich, Müller, Wollnig, Gräupner und Wahnmann. Die vier ersten wurden wegen „politischem Totschlag“ (1), Wahnmann wegen Mithilfe zum Tode verurteilt. Außerdem erhielten die Angeklagten 2 bzw. 1 Jahr Zuchthaus wegen schwerer Körperverletzung. Wahnmann wurden die bürgerlichen Ehrenrechte aberkannt. Der Angeklagte Hoppe wurde wegen Beihilfe zum Mord zu 2 Jahren Zuchthaus verurteilt, Habamit, Nowak und Czaja wegen Mangel an Beweisen freigesprochen.

Es kann heute schon als sicher gelten, daß diese Todesurteile nicht vollstreckt werden, vielmehr nur deshalb gefällt wurden, um nach außen hin den Anschein zu erwecken, als richte sich die Terrorrotterordnung auch gegen die Nazis. Nach den gegebenen Umständen müßte formell auf Todesstrafe erkannt werden. Der Oberstaatsanwalt hat in seiner Anklage die Begnadigung durch die Preußenregierung bereits angekündigt. Durch das Urteil soll vor allen Dingen den Nazis ein neuer Antrieb zu hemmungsloser Fege gegeben werden, die bereits einlegt und zu neuen Terrorakten in Beuthen führte.

Bolzaktion gegen Liebermann-Belegschaft

Falkenau, 23. August
Wie wir erfahren, wurde die angelegte Betriebsversammlung der Belegschaft von Liebermann, wo zur Frage der Festlegung des Streiks Stellung genommen werden sollte, durch die Polizei verboten. Die Polizei besetzte das Versammlungsgelände und verhinderte die Durchführung der Versammlung. Flugblätterverbreiter wurden verhaftet. Jede Versammlung im Ort wird von der Polizei verhindert.
Die Einwohnerschaft und die Liebermannschen Textilarbeiter sollen durch die Bolzaktion offensichtlich eingeschüchelt werden.

Nazis antworten mit neuem Terror

Sofort nach dem Urteilsspruch hielt der SA-Führer Heine an die aus ganz Schlesien zusammengejagte SA eine kurze Rede, worauf die SA einen Terrorzug durch Beuthen unternahm. Beuthener Einwohner wurden schwer mißhandelt. Die Geschäftsstellen einer sozialdemokratischen, einer Zentrum- und einer bürgerlichen Zeitung wurden bemöbliert. Wie der Lokal-Anzeiger aus Beuthen meldet:
erteilte Heine nach einem Telesongvortrag mit Wahnungen, daß das Urteil niemals vollstreckt würde.
Die Reichsleitung der NSDAP richtete an Papen ein Telesgramm, in dem es heißt: „Die Reichsleitung der NSDAP erwartet unermüdetlich die Begnadigung der Verurteilten. Unverzügliche Aufhebung des Urteils ist zur Sicherung und legitimation der Aufrechterhaltung des inneren Friedens eine Notwendigkeit.“

hören des schändlichen Staatsapparates das Urteil lesen und behandeln werden. Die schändlichen „Dresdner Nachrichten“ geben auch bereits in einem, zweifelsohne von zentraler Stelle kommenden Kommentar das Stichwort, indem sie schreiben:
„Eine Kette von unglücklichen Zusammenstößen hat in diesem Fall also zu Vollstreckungsurteilen geführt, die ihren Zweck verfehlen und, statt zu beruhigen oder abzuschrecken, neues Öl in das Feuer der politischen Leidenschaften geben. Deshalb muß von der Einsicht der politischen Behörden, die mehr Spielraum haben, als die nach den Verhältnissen des Gerichts verurteilten Richter, erwartet werden, daß sie möglichst schnell von dem Begnadigungsrecht Gebrauch machen, das bei Urteilen der Sondergerichte der Bundesregierung zusteht.“
Den Nazis, die das Urteil mit schändlicher Wollust aufnehmen, um alle Register strapuzierter Demagogie zu ziehen und

bei weiblischer Ausnutzung die Aufmerksamkeit von den politischen Problemen und dem Verrat ihrer wertvollen Anhänger ablenken wollen, ist ein Geschenk gemacht worden, das auch nicht einen Kopf der Mörderbeulen kosten wird. Aber Goebbels selbst entlarvt die eigene indirekte Schuld an der Ermordung des kommunistischen Arbeiters, wenn er im „Angriff“ nach schändlichem Verlogenheitspiel für die Tränenbrühen schreibt:
„Diese Urteile bedeuten nichts anderes, als daß die Urheber des Verhängnisses ungehört ungesonten, und daß ihre mehr oder weniger schuldigen oder schuldigen Opfer dafür mit dem Leben bezahlen sollen.“
Tatsächlich, die wahren Schuldigen in den braunen Hölle sind nicht unter Anklage gestellt, mit ihnen verhandeln die Minister um Regierungsabfertigung. Das sollen sich die SA-Leute merken, deren Rebellion jetzt mit ungeheurer Wollust gelächelt überläßt und abgedämpft werden soll.
Es bleibt noch wie vor bestehen: Die Sondergerichte sind zu brutalstem Vorgehen gegen die Antifaschisten gelassen worden. Daran ändert das Urteil von Beuthen nicht das geringste, da dort nur Strafen verhängt wurden, die nie abgehört werden brauchen, der NSDAP aber neue Möglichkeiten geben sollen, aus der politischen Gedogge herauszukommen.
Die Arbeiter in der Antifaschistischen Aktion sollen diesen Urteil entsprechend zu wirken und werden mit aller Kraft helfen, daß es den Nazis nicht gelingt, zu Würgern zu werden.
(Urteil im Obleuer Reichsbannerprozeß auf der zweiten Seite.)

Der aus Regierungskreisen gut informierte Berliner Lokal-Anzeiger schreibt: „Es besteht die Möglichkeit des Gnadenaktes an das Preussische Staatsministerium.“

Ein solcher Antrag ist vom Oberstaatsanwalt schon angebracht worden, als er am Schluß seiner Anklagerede ausführte, daß „nach seiner Einschätzung das Urteil der Gnade und dem Verhängnis der Staatsregierung anheimzufallen ist. Es liegen in dem Beuthener Fall ganz besondere Umstände vor, welche zwingend auch solche Ermäßigungen bei den Verurteilungen des Preussischen Staatsministeriums über einen zu ermittelnden Gnadenantrag eine Rolle spielen.“

Der Oberstaatsanwalt, der sich nach „Einfühlen“ in den Strafen bereits in der Anklagerede für die Begnadigung einsetzte, wird wahrscheinlich auch dem Kaiserreichlicher Kurierbriefe den Brief, diesen verhängen Wochüberfall auf einen schließlichen Arbeiter mit folgenden Worten zu veröffentlichen:
„Die Aktion in der Nacht zum 18. August in Potsdam ist lediglich als Demonstration gegen Verordnungen von kommunistischer Seite zu erklären. Die Angeklagten sind als tüchtige Soldaten anzusehen, die auf einen Befehl oder einen militärischen Befehl reagieren, ohne lange zu fragen, warum und weshalb.“
Dieser frohe Janismus des Nazianwalts charakterisiert den ganzen Prozeß und eröffnet die Perspektiven, unter der die Be-

„Dresdner Volkszeitung“ bläst zum „Angriff gegen die KPD“

Sozialdemokratisches Angriffs- und Hetzheft. Sprengstoff gegen die kämpfende revolutionäre Einheitsfront. Beantwortet die Kommunistenhege mit der verkärnten Weiterführung der antifaschistischen Betriebswerke

In der Dresdner Volkszeitung vom gestrigen Montag wird aus der sozialdemokratischen Zeitschrift „Das Neue Wort“ ein Artikel nachgedruckt, in welchem auf mehr als zwei langen Spalten mit hysterischem Geschrei „zum Angriff gegen die KPD“ aufgehetzt wird. Dieser Artikel dient nicht nur dem Kampfe der sozialdemokratischen Führer gegen die im Zeichen der Antifaschistischen Aktion sich immer mehr wachsender formierender Kampftruppe der Einheitsfront, sondern auch der verkärnten Weiterführung gegen die KPD.
Die von der Volkszeitung in der Person des Naziprofessors getriebene Hetzpropaganda wird sogar mit dem schändlichen Schmeiß-

geflügel, die Kommunisten hießen „von sich aus eine Revolution gegen die Nationalsozialisten eingeschlagen“ und hielten von sich aus „zu eigenen Heberfüßen“.
Mit dieser schändlich logar hietze Kette sozialdemokratischer Hetzerei ermunternd die Hege schafft die SPD-Führung den nationalsozialistischen Nordbarden, deren nationalsozialistisches Treiben erst jetzt beim Beuthener Prozeß wieder offenbar wurde, ein willkommenes Mittel. Andererseits werden die sozialdemokratischen Führer damit nicht unbeträchtlich zur Unterbrechung- und Verhinderung der Kampfe gegen die KPD gezwungen.
Welchen Zweck die SPD-Führung aber mit allen diesen